Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 19. Januar 1928
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5979-5999. Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif :—: :—:

67. Jahrgang
19. 1. m Nr. 31 10 Pfennig

Zum Tage

Der Länderkongreß ist gestern mit einer Kundgebung geschlossen worden.

*

Der Reichstag tritt heute um 3 Uhr zusammen.

*

Der Danziger Volkstag hat zu nebenamtlichen Senatoren 8 Sozialdemokraten, 4 Zentrumsvertreter und 2 Deutsch-Liberale gewählt.

*

Poincaré hat gestern nachmittag den Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, empfangen.

*

Die im Prozeß wegen Luftflottenspionage zugunsten Sowjetrußlands Angeklagten sind zu je zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

*

Die schweizerisch-deutsche Ostturkestan-Expedition ist in Yarkand eingetroffen.

*

Englands Memorandum in der Sicherheitsfrage ist in Genf veröffentlicht worden.

Ein Anfang

Es ist nicht viel, was als Ergebnis des großen Länderkongresses gebucht werden kann: eine Entschließung und zwei Ausschüsse. Aber es ist immerhin ein Anfang, auf dem weitergebaut werden kann. Vizekanzler Hergt betonte in seinem Schlußwort an den Kongreß ausdrücklich, daß in den vorgesehenen Ausschüssen weitere ernste Arbeit geleistet werden soll und daß sie nicht etwa bloß des Dekorums willen gebildet werden sollen. Er erinnerte mit einem gewissen Bedauern an jenen anderen 18. Januar, an dem auch über die Reichsgeschicke verhandelt worden ist, an dem aber die Verhandlungen sofort zu einer Lösung geführt werden konnten, hinter der der Jubel von ganz Deutschland stand.

Unsere heutige Ausgabe enthält zum ersten Male die Beilage „Das neue Buch — Literaturblatt der DAZ".

Diese Schlußworte des Vizekanzlers und die kurze Begrüßungsansprache des Reichskanzlers waren neben einer ressortmäßigen Diskussionsrede des Arbeitsministers die einzigen Momente, in denen die Reichsregierung aktiv in den Verhandlungen der Länderkonferenz auftrat. (Der doch wohl in erster Linie zuständige Reichsminister des Innern hat es sich versagt, das Wort zu nehmen.) Die Reichsregierung ging offenbar bei diesem passiven Verhalten während der Konferenz, dem übrigens eine starke Aktivität der Reichskanzlei bei der Vorbereitung des Kongresses gegenüberstand, von der Meinung aus, daß die Tagung deutlich als eine Konferenz der Länderregierungen aufgezogen sein sollte, als eine Aussprache der Länder am Sitze und unter Vorsitz des Reiches, aber nicht als eine Zusammenkunft, die irgendwie den Eindruck eines Diktates der Reichsregierung gegenüber den Ländern erwecken könnte. Diese höfliche Vorbeugung vor der Eigenstaatlichkeit und der Entschlußfreiheit der Länder trug vielleicht in kluger Weise den Empfindlichkeiten Rechnung, die in der Diskussion ja deutlich zutage traten; aber trotzdem wäre wohl mehr Führung durch die Reichsregierung möglich und nützlich gewesen.

Die Ansprachen der einzelnen Ländervertreter haben eine Fülle von Material zutage gefördert; in den heimischen Staatsanzeigern wird man mit Befriedigung lesen, wie energisch die Belange der einzelnen Staaten in Berlin vertreten worden sind. Zum Glück hat man trotzdem, trotz der echt deutschen Verschiedenheit der Auffassungen, eine gemeinsame Linie zu finden vermocht. Die Einzelheiten der Entschließung treten an Bedeutung gegenüber der Tatsache zurück, daß es gelungen ist, erstens die Konferenz in der Form von Ausschüssen sozusagen in Permanenz zu erklären, und zweitens diesen Ausschüssen eine brauchbare Richtlinie für ihre Arbeit auf den Weg zu geben.

Niemand konnte annehmen, daß auf der Länderkonferenz die uralte deutsche Frage „Föderalismus oder Unitarismus" gelöst werden könnte. Es ist aber Einigkeit darüber festgestellt, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist; ferner, daß sie einer grundlegenden Reform bedarf und daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist. Man wird nun je nach den Standpunkten diese Richtlinie unitarisch oder föderalistisch interpretieren. Wir verzichten darauf und interpretieren sie, zusammen mit den Einzelheiten der Entschließung, im Sinne organischer praktischer Weiterarbeit. Wenn das, was in der gemeinsamen Kundgebung der Reichsregierung und der Länderregierungen vorgeschlagen ist, unter dem Gesichtspunkt der Gesamtlösung Schritt für Schritt durchgeführt wird — und das deutsche Volk fordert, daß es energisch und beschleunigt durchgeführt wird —, so sind wir schon ein Stück weitergekommen.

Eines verdient noch besondere Hervorhebung: das ist die gemeinsame Feststellung, daß mindestens auf dem Gebiete des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern die Verfassung von Weimar eine unbefriedigende Regelung darstellt und einer grundlegenden Reform bedarf. Damit kommt hoffentlich die Frage der Revision der Weimarer Verfassung in Fluß, so daß die Bahn frei wird für die Bildung einer wirklich konstitutionellen Republik an Stelle des heutigen Absolutismus der Parteien. Solange diese Alleinherrschaft der Parteien in Reich, Ländern und Gemeinden nicht angetastet wird, wird die durchgreifende Reform, die Deutschland braucht, nicht gelingen und das Ziel nicht erreicht werden, das sich das deutsche Volk gesetzt hat: „Sein Reich in Gerechtigkeit und Freiheit zu erneuen und zu befestigen."

O. B.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Das Ergebnis des Länderkongresses

Kundgebung zur Reichsreform — Einsetzung von zwei Ausschüssen Gesamtlösung gefordert

Die Konferenz des Reiches und der Länder wurde Mittwoch abend mit einer Kundgebung abgeschlossen, die wir nachstehend wiedergeben. Vorher sprach Bürgermeister Dr. Petersen dem Reichskanzler den Dank der Versammlung für die Einberufung und Leitung der Konferenz und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei Pünder den Dank für die Vorbereitung der Konferenz aus. Dann schloß in Vertretung des dienstlich verhinderten Reichskanzlers Reichsjustizminister Exzellenz Hergt die Tagung.

Der Wortlaut der Kundgebung

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen in ihrer heute zum Abschluß gelangten Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I.

Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf.

Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarischen oder die föderativen Kräfte stärken soll oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist.

Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt:

1. Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als „Reichsländer" aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch finanzielle Aushöhlung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.

3. Wenn kleinere Länder in Nachbarländern aufzugehen wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen kleineren Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.

4. Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und -vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.

5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrats vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler.

II.

Die Reichsregierung hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

1. Zur Beseitigung finanzieller Notstände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus geeignete Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwach gewordenen Länder auf das Reich zu übernehmen.

2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung, sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Anruf der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig wird.

3. Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reichs wird die Reichsregierung demnächst im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

III.

Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamster Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausschuß, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

IV.

Bezüglich der Fragen der Verwaltungsreformen sind sich Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung von entsprechenden Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

a) Zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden; b) zweckmäßige und den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte Abgrenzung der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Uebereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reichs sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) Landesregierungen der Reichsregierung (Reichssparkommissar) ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen; b) der Reichssparkommissar sich auf Antrag der Landesregierungen zu ihren Plänen gutachtlich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichssparkommissar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichssparkommissars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung zuzuleiten.

Mit der näheren Durchprüfung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I, 5 erwähnte Ausschuß betraut werden.

*

Der für die Weiterarbeit an dem Problem Reich und Länder bestimmte Ausschuß wird gemäß obiger Entschließung je einen Vertreter folgender neun Länder, die den Verfassungsausschuß des Reichsrates bilden, umfassen: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg und Anhalt. Als Stellvertreter für die beiden letztgenannten Länder sind Mecklenburg-Schwerin und Lippe angesehen. Die Reichsregierung wird als ihre Vertreter ebenfalls neun Herren entsenden, wahrscheinlich vor allem Staatsrechtler und Beamte, nicht Parteivertreter. Der Ausschuß wird so unter dem Vorsitz des Reichskanzlers 18 Personen umfassen. Die Beschlußfassung der Reichsregierung und der Länderregierungen über die Benennung ihrer Vertreter wird beschleunigt erfolgen. Er hat gemäß der Entschließung die beiden Probleme zu beurteilen, die die Punkte 1 und 3 der Tagesordnung des Länderkongresses gebildet haben: „Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern" und „Verwaltungsreform".

Der zweite Ausschuß, der die Sparpolitik durchbrechen soll, wird unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler, aus den beiden Berichterstattern, dem preußischen Finanzminister Dr. Höpker Aschoff und dem badischen Finanzminister Dr. Schmitt sowie den Finanzministern Thüringens und Hamburgs bestehen.

Während die sonstigen Punkte der Entschließung eine einstimmig gefaßte gemeinsame Willenskundgebung der Reichsregierung und der Länderregierungen darstellen, ist Punkt II der Entschließung eine einseitige Erklärung der Reichsregierung. Die Bereitschaft der Reichsregierung, Verwaltungsbereiche leistungsschwacher Länder auf das Reich zu übernehmen, bezieht sich vor allem auf die Rechtspflege. Mit den beabsichtigten neuen Vorschlägen für das Reichsverwaltungsgericht ist die Möglichkeit gegeben, auch eine neue Verwaltungsprozeßordnung zu schaffen.

Zusammentritt des Reichstags

Besprechungen Hindenburgs über die Besetzung des Reichswehrministeriums — Das Zentrum

Der Reichstag tritt heute, nachmittags 3 Uhr, zur ersten Lesung des Etats für 1928 zusammen. Vorher soll der Aeltestenrat die letzten Dispositionen für die Debatte treffen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler wird den Etat mit einer längeren Rede einbringen, an die sich, wahrscheinlich ohne Pause, der Reigen der Parteiredner schließt. Es werden sprechen: für die Sozialdemokraten der frühere preußische Innenminister Severing, für die Deutschnationalen die Abgeordneten Wallraf und v. Freytag-Loringhoven, für das Zentrum der Fraktionsführer v. Guérard, für die Deutsche Volkspartei Dr. Cremer, für die Demokraten der Fraktionsführer Koch, für die Bayerische Volkspartei der Fraktionsführer Leicht, für die Wirtschaftliche Vereinigung der Fraktionsführer Drewitz. Die meisten Fraktionen treten schon mittags zusammen; die Zentrumsfraktion hat noch keine Sitzung anberaumt.

*

Die politische Lage wird begreiflicherweise auf der Oppositionsseite wieder so düster wie möglich gemalt. Solche Stimmungsmache braucht nicht tragisch genommen werden, auch wenn sie in vergröberter und tendenziöser Form in der Auslandspresse wieder auftaucht. Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Geßler von einer Krise der Koalition zu sprechen, ginge jedenfalls fehl. Lediglich der Streit im Zentrum und die damit verbundenen Entwicklungen werden ernster beurteilt.

Reichspräsident v. Hindenburg hat am Mittwoch die Verhandlungen mit den Parteien über die Neubesetzung des Reichswehrministeriums aufgenommen. In parlamentarischen Kreisen wurde das Ergebnis dieser Fühlungnahme dahin beurteilt, daß sich gewisse Bedenken gegen eine Kandidatur des früheren Reichsverkehrsministers, General Groener, auch bei den Koalitionsparteien geltend machen. Die Entscheidung des Reichspräsidenten soll erst getroffen werden, nachdem der Reichskanzler, der bisher durch die Länderkonferenz stark in Anspruch genommen war, die Verbindung mit den Parteien aufgenommen hat. Einstweilen ist festzustellen, daß gegenwärtig in den parlamentarischen Kreisen der Gedanke einer provisorischen Lösung wieder an Boden gewonnen hat; auch der Wunsch nach Innehaltung der seinerzeit der Deutschen Volkspartei gegebenen Zusagen wirkt sich gegen andere Kombinationen aus.

*

Die inneren Vorgänge beim Zentrum stellen zweifellos einen Unsicherheitsfaktor in der gegenwärtigen parlamentarischen Lage dar. Darunter leiden nicht nur die Bemühungen um eine rasche Neubesetzung des Wehrministeriums, sondern auch die Verhandlungen im Bildungsausschuß, wo man Zentrumsvorstöße im Sinne der alten, sehr weitgehenden programmatischen Forderung des Zentrums erwartet. Immerhin ist es im interfraktionellen Ausschuß zu keinen neuen Schwierigkeiten gekommen. Die Regierungsparteien haben vielmehr beschlossen, ihr ursprüngliches Kompromiß über den Religionsunterricht in einer Teilfrage abzuändern. Es handelt sich um § 16a, der eine Bestimmung zum Schutze des gegenwärtigen Zustandes in einigen Gebieten, besonders in Schleswig-Holstein, enthielt. Da sich herausgestellt hatte, daß diese Bestimmung zu weitgehende Auslegungsmöglichkeiten enthält, beschlossen die Regierungsparteien, sie zurückzuziehen. Der übrige Kompromißantrag zu § 16 bleibt selbstverständlich aufrechterhalten.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion trat nachmittags 4 Uhr im Reichstag zusammen, um sich mit den Führerdifferenzen zu beschäftigen.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, es wurde lediglich folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Beratungen des Vorstandes der Zentrumsfraktion des Reichstages, die sich neben allgemeinen politischen Fragen auch mit den in den letzten Tagen entstandenen Zwischenfällen innerhalb der Zentrumspartei befaßten, konnten nicht zum Abschluß gebracht werden, weil der Reichskanzler Marx wegen seiner Teilnahme an der Länderkonferenz erst gegen Schluß der Besprechung erscheinen konnte. Auch waren mehrere Mitglieder des Vorstandes nicht in Berlin anwesend. Infolgedessen wurden die Beratungen des Fraktionsvorstandes abgebrochen und auf eine spätere Zeit vertagt.

*

Der „Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches" erklärt, daß der Privatbrief des Reichskanzlers an Rektor Weber-Bochum, (der Anlaß zu dem Konflikt mit Stegerwald-Imbusch gegeben hat) durch einen bedauerlichen Mißgriff in die Oeffentlichkeit gekommen sei. Das betreffende Vorstandsmitglied habe sein Amt inzwischen niedergelegt.

Nachricht von der Turkestan-Expedition

Die Forschungsreisenden wohlbehalten in Yarkand

Alahabad, 18. 1. (Sonderdienst der DAZ)

Hier ist soeben die Nachricht eingelaufen, daß die deutsch-schweizerische Expedition, die im vorigen Jahre nach Turkestan ausgezogen war, um die Salzseen an der Grenze von Tibet zu studieren, in Yarkand eingetroffen ist.

Der Führer der Expedition ist der Afghanistanforscher Dr. Trinkler. Seine Begleiter sind der Theologe Dr. Terra und Herr W. Boßhard. Die Expedition begann ihren Marsch im Juli mit sieben Pferden, drei Ochsen und siebzig Schafen von Leh (Kaschmir) aus. Sie hielt sich einige Tage in Pabrang auf und begab sich dann nach Marsimikla. 14 Tage später erreichte sie den ersten Salzsee: Sirigh Jilganangkul. Dann rückte sie über das schwierige Aksai Chin-Plateau vor, wo sie vom Mißgeschick verfolgt wurde, insofern, als fast alle Tiere der Expedition in der Sandwüste des westlichen Tibet eingingen, wo manchmal tagelang weder Wasser noch Gras angetroffen wurde.

Revolte in Südpersien

Basra, 18. 1. (Sonderdienst der DAZ)

In der Provinz Khusistan (Südpersien), die in der Hauptsache von Arabern bevölkert ist, ist eine Bewegung gegen die Zahlung der von der persischen Regierung eingeführten erhöhten Steuern ausgebrochen. Die Regierung hat die Führer der Bewegung verhaften lassen, worauf an mehreren Plätzen die Regierungsgebäude besetzt und die Beamten vertrieben wurden. Die Militärbehörden haben eine Strafexpedition in das Aufstandsgebiet entsandt. Bei einem Kampfe zwischen der Expedition und den Arabern wurden sechzig der letzteren getötet. Die Revolte dehnt sich weiter aus, und die Regierung entsendet weitere Truppen.

Englands Memorandum veröffentlicht

sch. Genf, 18. 1. (Eigenbericht)

Das Völkerbundsekretariat hat heute abend die englische und die schwedische Stellungnahme zu den Arbeiten des Sicherheitsausschusses bekanntgegeben.

Das englische Dokument spricht namens der „Regierung Seiner Majestät in Großbritannien". In der Frage der Schiedsverträge wird die Auffassung wiederholt, daß diese sich bloß auf juristische und nicht auf politische Meinungsverschiedenheiten beziehen sollen. Gewisse Fragen juristischen Charakters müssen aber auch ausgeschlossen bleiben, was auch Artikel 13 des Paktes anerkennt: Fragen der inneren Politik. Für Streitfragen nichtjuristischen Charakters hält England nur das Schlichtungsverfahren für möglich. In der

Frage der Sicherheitsverträge

steht England auf der Grundlage, die Chamberlain auf der 33. Tagung des Völkerbundrates am 13. März 1925 dargelegt hat, also zur Zeit nach der Erledigung des Genfer Protokolls, als noch über das kommende Locarno verhandelt wurde, das den Engländern noch heute als ideale Lösung eines, wenn auch äußerst wichtigen, aber doch nur speziellen Falles erscheint.

Nach dieser sehr bezeichnenden und nicht mißzuverstehenden Kritik geht das englische Dokument zur abermaligen

Verherrlichung Locarnos

über, das als idealer Sicherheitsvertrag erklärt wird. Dann wird, ebenso wie es Chamberlain vor der achten Bundesversammlung tat, die Abgabe einer Erklärung abgelehnt, welche Streitkräfte für gewisse Fälle dem Völkerbundrat zur Verfügung gestellt werden würden.

Senatorenwahl in Danzig

8 Sozialdemokraten, 4 Zentrumsvertreter, 2 Deutschliberale

lz. Danzig, 18. 1. (Eigenbericht)

Der Volkstag nahm in seiner heutigen Abendsitzung die Neuwahl der 14 nebenamtlichen Senatoren vor. Es wurden gewählt: 8 Sozialdemokraten, 4 Zentrumsmitglieder und 2 Linksliberale.

Zum stellvertretenden Präsidenten des Senats unter den 14 nebenamtlichen Senatoren wurde der sozialistische Parteiführer, Zeitungsverleger Gehl, gewählt. Bereits morgen soll die Einführung der neugewählten Senatoren erfolgen, während in der nächsten Woche die Abgabe einer Regierungserklärung über die politischen Richtlinien der neuen Regierungskoalition zu erwarten ist.

Je 10 Jahre Zuchthaus für die Spione

Das Urteil des Londoner Gerichtes

sx. London, 18. 1. (Eigenbericht)

In dem Spionageprozeß gegen den Schotten Mac Cartney und den Deutschen Georg Hansen wurde heute das Urteil gefällt. Der Lord Chief Justice, Lord Hewart, verurteilte beide Angeklagten zu je zehn Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Zwangsarbeit wegen Spionage für die Sowjetregierung.

Der Richter erklärte bei der Urteilsbegründung, ein Spion sei häufig ein mutiger Mann, der zum Wohle seines Vaterlandes sich in Lebensgefahr begibt. In diesem Falle hätten die beiden Angeklagten jedoch nichts für ihr eigenes Land, weder für England noch für Deutschland, geleistet, sondern sie seien für Geld angestellte Agenten für den Handel mit Geheimdokumenten geworden.

Litauens Antwort an Polen

Kowno, 18. 1.

Die Litauische Telegraphenagentur veröffentlicht die folgende Meldung über die litauische Antwort an Polen: Am 18. Januar überreichte Woldemaras dem Sonderkurier ein Antwortschreiben an die polnische Regierung. In diesem Schreiben wird zunächst festgestellt, daß Polen die in Genf übernommenen Verpflichtungen nicht eingehalten habe. Die aus dem Wilnagebiet ausgewiesenen Litauer hätten noch immer nicht nach ihrem Wohnort zurückkehren dürfen. Die litauischen Schulen seien nach wie vor geschlossen und die litauischen Priester befänden sich nach wie vor in Haft. Die Armee Pletschkaitis', die litauische Militäruniformen trage, sei noch nicht aufgelöst. Weiter wird in der Note erklärt, daß Polen noch keine konkreten Vorschläge betreffs der Verhandlungen gemacht habe.

Litauen dagegen betrachte als unabänderliche Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen die Aussprache über die Fragen, die sich aus der Liquidation des Kriegszustandes und dem Handstreich Zeligowskis ergäben. Sodann fragt Woldemaras Zaleski, ob Polen mit Litauen direkt oder unter Teilnahme eines Vertreters des Völkerbundes verhandeln wolle. Eine Abschrift dieser Note ist, wie verlautet, auch dem Völkerbund zugestellt worden.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Tägl. Geld	4 ½	4½ ¼	London 60 T.	4,83⅛	4,83½
Bankakzepte			Paris	3,93	3,93
(90 Tage) B	3⅝ ½	3⅝ ½	Brüssel	13,94	13,95
do. do. G	3½ ½	3½ ½	Amsterdam	40,34½	40,34
Pa. Handelsw.			Zürich	19,26¾	19,26½
niedrig. Kurs	3¾ ½	3¾ ½	Oslo	26,62	26,60
do. höchster	4 ½	4 ½	Kopenhagen	26,79	26,78
Berlin Mittelk.	23,83	23,82	Prag	2,96⅛	2,96⅛
„ bez.	—.—	—.—	Rom	5,28¾	5,28¾
London			Madrid	17,15	17,11
Kabel Tr.	4,87 11/16	4,87⅝	Silber	56⅞	56⅞

New Yorker Börse

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Baltimore & Ohio	114⅝	115⅛	6½ Elektrowerke 50	97½	97¾
Canad. Pacific	205	207½	7 Gute Hoffnungsh.	—	100⅞
Chesapeake & Ohio	197	199¾	7½ Rh.-Elbe-Union	112	—
Chicago Milwaukee	17⅞	17⅜	6½ Rh. Westf. Elek.	93⅞	93½
Erie	60⅞	62	7 Rh. W. El. 1950	101⅞	101⅞
Missouri Pacif. pref	111¾	112	7½ Leonh. Tietz	133	—
Pennsylvania	64¾	64⅞	7 Sachs. Wke. 45	100⅞	100⅞
Reading	100⅞	102	6 Siem. u. H. 1951	105⅛	106¾
Southern Pacific	120⅛	120¾	6½ Ver. Stahlw. A.G.	96⅛	96⅞
Union Pacific	189	189⅞	7 Oest. Volkerbd.	103⅝	103⅞
Bethl. Steels	56⅛	56	6½ Bayr. Staatsanl.	—	97
General Electric	130⅛	131	6½ Berl. Stadt 25	98⅝	98⅞
General Motors	132¾	132	7 Bremer Anleihe	102⅛	102
Gillette Safety Raz.	100	100½	7 Franz. Gold 49	106⅛	106⅞
Intern. Harvester	244	244	7½ Rep. Dawes Anl.	107⅞	107⅞
Standard Oil N. J.	39⅞	39¾	7 Dt. Kom. Verb. 47	99⅛	99⅞
Studebaker	57⅞	57⅛	7 Rentenbk. Kredit	100½	100⅛
U. S. Steel Corp.	144⅛	144⅛	5 Mex. Ausl. v. 99	42¾	42¾
4½ St. Louis Prior.	92⅛	92½	4 Mex. Gold v. 04	28	—
5½ do. cum. Mrt. Bd.	101	100⅛	3 Poln. Ausl. 50	100	99¾
6½ % A. E. G. 1945	121⅛	—			

New York, Produktenmarkt

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Kaffee Santos	22.25	22.00	Roheisen p. Schiff	—.—	—.—
„ Rio loko	15,00	15,00	Weissblech	5,25	5,25
„ Januar	13,59	13,77	Schmalz West.	12,60	12,60
„ März	13,67	13,82	Talg extra lose	9,00	9,00
„ Mai	13,45	13,65	Bw. Saatöl loko	10,00	10,00
„ Juli	13,34	13,46	„ Jan.	10,02	10,21
„ Septbr.	13,20	13,30	„ März	9,96	9,95
Baumwolle loko	19,25	19,10	Petrol. Stand. wh.	16,90	16,90
„ Januar	18,75	18,61	„ Fässern	13,50	13,50
„ März	18,74	18,61	„ Midcontinent	1,22	1,22
„ Mai	18,80	18,70	Pennsylv. Rohöl	2,85	2,85
„ Juli	18,60	18,51	Zucker Januar	2,64	2,63
Zufuhr	21 000	29 000	„ März	2,68	2,67
Kupfer elektr.	14,07½	14,07½	„ Mai	2,76	2,75
„ 80-90 Tage	14,30	14,30	Kautsch. crepe	40,00	39,75
Zinn	54⅛	54,25	„ sheet	39⅞	39,75
Blei	6,50	6,50	Terpentin	59,50	60,00
Zink	5,62½	5,62	„ Savannah	53,50	54,50
Roheisen p. Bahn	21,91	21,91	Baumw. N. Orl.	18,73	18,60

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Weizen, rot.	154⅞	151⅞	Mehl, Sp.	6,50—6,75	6,50—6,75
Hardwinter	144⅛	145⅛	Getrfr. Engl.	1/9—2/3 sh	1/9—2/3 sh
Mais loko	103½	102½	Kontinent	6—10 cts	6—10 cts

Chicago, Produktenmarkt

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Weizen März	129¼	129½	Schmalz März	12,00	11,97½
„ Mai	130⅞	130⅞	Rippen Januar	10,90	10,90
Mais März	90½	91	Speck	11,00	11,00
„ Mai	92⅞	93⅛	Leichte Schweine niedr.	7,60	7,70
Hafer März	55⅛	55½	Leichte Schweine höchst	8,40	8,35
„ Mai	56⅛	56⅛	Schwere Schweine niedr.	8,00	8,00
Roggen März	108⅛	108	Schwere Schweine höchst	8,40	8,35
„ Mai	109⅛	109	Zufuhr Chicago	24 000	65 000
Schmalz Jan.	11,87½	11,85	Zufuhr Westen	140 000	185 000

Außenpolitik

Panamerikanischer Kongreß — „Remember the Maine!" — Präsident Monroe — „Die Gefahr in Europa" — Elsaß-Lothringen — Owens Fragestellung — Alte und neue Methoden

„Mir selbst ist keine Arbeit unbehaglicher und schwieriger gewesen als die Herstellung des nötigen Phrasenbedarfs für Thronreden und ähnliche Aeußerungen", gesteht unser großer Reichskanzler Bismarck. Die Eröffnungsrede, die Präsident Coolidge auf dem allamerikanischen Kongreß in Havanna hielt, gehört wohl auch in die Kategorie der „ähnlichen Aeußerungen". Von den Segnungen der Demokratie ist sehr viel die Rede, ferner von der Gleichberechtigung, die auch die kleinste und schwächste der hier vertretenen amerikanischen Nationen genieße. „Wir haben der Welt mit unserem Entschluß, zwischenstaatliche Streitigkeiten ohne Gewalt zu lösen, ein eindrucksvolles Beispiel gegeben."

Besagtes Beispiel bietet jedoch der kleine, schwache Staat Nicaragua; die Vereinigten Staaten sind zurzeit damit beschäftigt, ihn durch Heeresmacht und Waffengewalt zu erobern. Zu „erobern"? Nein doch, zu „befreien". Der Unterschied besteht darin, daß die einmarschierende fremde Macht sich darauf beruft, sie habe aus dem betreffenden Lande Hilferufe vernommen. San Domingo befindet sich in derselben hilflosen Lage gegenüber dem Oberherrschaftsanspruch der amerikanischen Vormacht, wie auch Panama, Haiti, Nicaragua. Und wie war es mit Cuba? Remember the Maine!"

*

Die „Maine" war ein Kriegsschiff der Vereinigten Staaten; in wenigen Wochen ist es genau auf den Tag 30 Jahre her, daß es in der Nähe von Havanna in die Luft geflogen ist. Man hat später einwandfrei festgestellt, daß der Unglücksfall durch eine Explosion der Munitionskammern erfolgt ist. Damals wurde jedoch fälschlich behauptet, die Spanier hätten durch eine Mine das Schiff versenkt. „Remember the Maine" wurde zum Kriegsruf aufgepeitschter Volksleidenschaft. Das gab den letzten Anstoß zum Ausbruch des Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien, das dabei die Philippinen und Cuba an die Nordamerikaner verlor. In Havanna, der Hauptstadt Cubas, tagt der panamerikanische Kongreß, auf dem Präsident Coolidge jetzt sprach: „Unter unseren Nationen herrscht ein friedlicher Geist. Der Ort, an dem wir heute zusammengetreten sind, ist die beste Demonstration für den Fortschritt, den wir gemacht haben."

*

„Amerika den Amerikanern!" In dieser einfachen Form stellt man sich heutzutage meist die Monroe-Doktrin vor. Die Rede des Präsidenten Coolidge in Havanna war völlig auf diese Losung gestimmt. Was die Vereinigten Staaten und die anderen, weniger mächtigen Länder des amerikanischen Erdteils an Sorgen, Beschwerden und Wünschen untereinander auszumachen haben, das geht nur sie an. Die anderen Erdteile, das will in diesem Falle sagen: Europa existiert in dieser Hinsicht nicht für sie. — Und der Völkerbund in Genf? Die meisten Staatswesen in Amerika sind seine Mitglieder. Ein Präsident der Vereinigten Staaten hat ihn gestiftet. Aber sein Amtsnachfolger läßt keinen Zweifel daran: die amerikanische Monroe-Doktrin geht vor.

Die Erklärung, die einst Präsident Monroe 1823 abgab, hat im Laufe der Zeit eine merkwürdige Wandlung durchgemacht. Eigentlich hat England sie veranlaßt. Es erklärte damals — es war zur Zeit der Heiligen Allianz —, daß es eine Wiedereroberung der verloren gegangenen spanischen Kolonien nicht dulden werde. Dadurch ermutigt, erklärte Präsident Monroe: auch die Vereinigten Staaten würden jeden Versuch europäischer Mächte, auf dem amerikanischen Erdteil Eroberungen zu machen, als eine gegen sie selbst gerichtete feindliche Handlung betrachten. Ganz im Sinne Washingtons war damit auch der Wille verbunden, sich von jeder Verwicklung in europäische Händel fernzuhalten.

Trotzdem hat Wilson das Land in den europäischen Krieg geführt, der dadurch zum Weltkrieg wurde. Daß die Vereinigten Staaten dem von Wilson gestifteten Völkerbund fernbleiben, ist als stimmungsmäßige Abkehr der ernüchterten Nation von ihres damaligen Präsidenten Politik aufzufassen. Die dann einsetzende Epoche, in der viele Nordamerikaner die Forderung vertraten, Europa sei sich selbst zu überlassen, ist schnell vorüber gegangen. Die Vereinigten Staaten waren nie unbeteiligte Zuschauer der staatlichen Ereignisse in Europa, noch können sie es jemals werden. In die gesamte Geschichte ihres Werdens und Wachsens haben die Vorgänge zwischen den Großmächten der alten Welt entscheidend hineingespielt; der ihnen nunmehr zugefallenen Rolle als entscheidende Macht im hadergelähmten Europa vermögen sie sich gar nicht zu entziehen.

*

„Die Gefahr in Europa." Der Leitartikel in der „New York World", der diese Ueberschrift trägt, liest sich wie ein im voraus geschriebener Kommentar zu dem amerikanisch-französischen Gedankenaustausch über einen „Antikriegspakt", d. h. über den Vorschlag, den Krieg als solchen für ungesetzlich zu erklären. Es sei daran erinnert, daß schon nach der letzten, vor der Abreise nach Havanna gesandten Antwortnote von Kellogg die Verhandlung vorläufig als gescheitert zu betrachten war. Die in Vorbereitung befindliche französische Erwiderung wird sich auf den Völkerbund herausreden. Tatsächlich scheitert der Plan an der Weigerung des Kabinetts Poincarés, die Verzichtleistung auf das Mittel des Krieges nicht nur gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern auch gegenüber allen anderen Mächten, die zu solchem Abkommen bereit sind, auszusprechen; und ferner nicht nur dem „Angriffskrieg" abzusagen, sondern jedem Krieg überhaupt. So schrieb auch die erwähnte New Yorker Zeitung schon vorher:

„Die von Frankreich geführte Koalition besteht aus denjenigen Nationen, welche aus